

Ein Schritt auf den Bundesrat zu

Freihandel Der Bauernverband zeigt sich nun doch kompromissbereit beim Handelsabkommen mit den südamerikanischen Mercosur-Staaten. Kein gutes Haar lässt Bauernpräsident Markus Ritter aber an der bundesrätlichen «Marketingtour».

Maja Briner

Der clever inszenierte Boykott schlug hohe Wellen: Der Schweizer Bauernverband verweigerte Mitte Februar die Teilnahme am Mercosur-Agrargipfel von Wirtschaftsminister Johann Schneider-Ammann. Die vom Bundesrat geplante Marktöffnung bedrohte die Existenz der Bauern, so die lautstarke Klage. Doch nun stellt der Verband in einem Newsletter klar: Es sei nicht korrekt, dass er ein Freihandelsabkommen mit Mercosur ablehne.

Dem Bündnis gehören Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay an – gewichtige Agrarstaaten also. Trotz dieser drohenden Konkurrenz für die Schweizer Bauern zeigt sich ihr Präsident Markus Ritter nun offen: «Wenn es Chancen gibt, zum Beispiel für die Schweizer Pharmaindustrie, und unsere Interessen berücksichtigt werden, können wir ein Abkommen prüfen.» Um konkret Stellung zu beziehen, sei es zu früh, sagt der St. Galler CVP-Nationalrat: «Wir müssen warten, bis Verhandlungsergebnisse auf dem Tisch liegen.» Noch sei etwa unklar, wie viele Tonnen Rindfleisch zu tieferen Zöllen importiert wer-

den sollen. Nimmt man die laufenden Verhandlungen zwischen EU und Mercosur als Vergleich, wären es für die Schweiz laut Bund etwa 2000 Tonnen. Bei einem Konsum von fast 100 000 Tonnen pro Jahr scheint das wenig. Ritter sagt, er könne das nicht abschliessend beurteilen.

Schneider-Ammanns Seitenhieb gegen Ritter

Schneider-Ammann drückt bei den Mercosur-Verhandlungen aufs Tempo, weil die EU kurz vor dem Abschluss eines Abkommens stehen soll. Unternehmen in der EU erhielten so Vorteile beim Export, Schweizer Konkurrenten könnten ins Hintertreffen geraten. Gerade Firmen aus dem St. Galler Rheintal wären betroffen, merkte Schneider-Ammann wiederholt an – ein Seitenhieb gegen den Rheintaler Ritter.

Die Auswirkungen eines Mercosur-Abkommens auf die Landwirtschaft wären beschränkt, betonte Schneider-Ammann nach dem Gipfel im Februar. Dem Vernehmen nach dürfte es um weniger als ein Prozent des gesamten Landwirtschaftsumsatzes gehen.

Gut möglich, dass diese Beschäftigung dazu beigetragen hat, den Bauernverband kompro-



Markus Ritter und Bundesrat Johann Schneider-Ammann haben das Heu derzeit nicht auf der gleichen Bühne.
Bild: Anthony Anex/Keystone (Bern, 15. September 2016)

missbereit zu stimmen. Ritter betont indes, nicht einzelne Freihandelsabkommen seien das Problem, sondern die Gesamtschau zur Agrarpolitik, die der Bundesrat im November vorgelegt hatte. Ritter stört sich vor allem an einem Satz im 85-seitigen Bericht: Der Bundesrat werde mittelfristig «einen Grenzschutzabbau im Agrarbereich anstreben, der die Preisdifferenz zwischen dem In- und Ausland um

30 bis 50 Prozent reduziert». Der Bauernverband kritisiert, mit einem solchen Ziel setze die Regierung die Existenz der Landwirtschaft aufs Spiel.

Schneider-Ammanns Departement widerspricht. Der Bericht zeige ein Maximalszenario auf, heisst es. Man habe versucht, die Auswirkungen aller Freihandelsabkommen, die im Gespräch sind, abzuschätzen. Inzwischen rechne man eher mit tieferen

Zahlen. Die Gesamtschau enthalte zudem Szenarien zur EU, die heute kein Thema seien.

Ritter hält Schneider-Ammanns Vorgehen auch für strategisch falsch: «Man darf die Freihandelsabkommen nicht politisch diskutieren und derart Druck auf eine Branche ausüben, wenn noch keine Fakten auf dem Tisch liegen. So weckt man tausend Ängste.» Die Verhandlungen dürften nicht in der Öffent-

lichkeit geführt werden, über Zwischenergebnisse müsse man im kleinen Kreis unter Fachleuten sprechen. Den Mercosur-Gipfel und Schneider-Ammanns geplante Reise nach Südamerika Ende April – die der Bauernverband ebenfalls boykottiert – seien daher kontraproduktiv, meint Ritter. «Das ist eine reine und kostspielige Marketingveranstaltung, ohne effektive Verhandlungsergebnisse.»

Gespräch am «Zmorge»-Tisch

Immerhin: Die persönliche Eiszeit zwischen Ritter und Schneider-Ammann scheint ein wenig zu tauen. Nach Monaten der Gesprächsverweigerung sass sie diese Woche bei einem Parlamentarierfrühstück am gleichen Tisch. Ritter sagt, er habe Schneider-Ammann seine Position dargelegt. Dieser habe ihm danach ein Treffen bei einer Tasse Kaffee vorgeschlagen. Bislang kam es allerdings nicht dazu. Aufeinander-treffen werden die beiden spätestens Ende März wieder, wenn die Wirtschaftskommission über die Gesamtschau berät. Der Bauernverband möchte den Bericht an den Bundesrat zurückweisen: Dieser soll ihn überarbeiten.

ANZEIGE

Wieder hören, wie FREUNDSCHAFT klingt?



www.audika.ch

Jetzt Hörtest gratis ...

... und Reise gewinnen!

Von den Audika Hörtest-Tagen im März profitieren Sie diesmal gleich doppelt:

- Ihr Hörtest ist kostenlos und unverbindlich – Anmeldung gleich unter **071 588 01 97**
- Unter allen TeilnehmerInnen verlosen wir 3 Reisen für je 2 Personen nach Hamburg – Flug, Hotel, Konzert in der Elbphilharmonie! www.audika.ch/hamburg

Hörtests • Hörberatung • Modernste Hörgeräte & Zubehör

Freuen Sie sich auf besser Hören!

Audika
80 Hörcenter in der Schweiz

Kantone sollen selber Wahlverfahren festlegen

Standesinitiative Der Ständerat will den Kantonen freie Hand lassen in der Frage, wie sie ihre Behörden wählen. Auch die Wahlkreise sollen sie in eigener Kompetenz festlegen können. Die kleine Kammer hat gestern entsprechenden Standesinitiativen von Uri und Zug zugestimmt.

Ausgelöst wurden diese durch Entscheide des Bundesgerichts, der die Anforderungen ans Wahlsystem in den letzten Jahren präzisiert hat. Grundsätzlich legen die Richter Wert darauf, dass die Stimmen aller Wähler in gleicher Weise zum Wahlergebnis beitragen. Unter dem Titel «Proporzwahlrecht» sollen nicht faktische Majorzwahlen durchgeführt werden dürfen. Das Gericht hielt fest, dass keine Wahlkreise zulässig sind, in denen es für ein Mandat mehr als zehn Prozent der Stimmen braucht. In jedem Wahlkreis müssen somit mindestens 9 Sitze vergeben werden. Der Zuger Standesvertreter Peter

Hegglin (CVP) plädierte im Rat für die Wahlfreiheit und verwies auf regionale Besonderheiten. Anlass für die Initiative sei gewesen, dass das Gericht 2011 das Zuger Wahlsystem für ungültig erklärt habe. Dabei entspreche das Zuger System grösstenteils dem Wahlsystem für den Nationalrat. Andrea Caroni (FDP/AR) gab zu bedenken, dass 73 Nationalräte in kleineren Wahlkreisen und damit an sich verfassungswidrig gewählt wurden. In der Rechtsprechung des Bundesgerichts gehe es um die Grösse der Wahlkreise und wie alle Parteien proportional gerecht vertreten seien, sagte Pirmin Bischof (CVP/SO). «Wie wenn es nur politische Parteien gäbe und sonst nichts.» Josef Dittli (FDP/UR) fügte an, dass es in rund der Hälfte der Urner Gemeinden gar keine Parteien gebe. «Dort eine Anwendung nach Proporz oder doppeltem Pukelsheim zu machen, ist nicht gerade einfach.» (sda)

Städte-Expo in St. Gallen – Verein gegründet

Landesaustellung St. Gallen und neue weitere Städte arbeiten an einer Idee einer gemeinsamen Landesaustellung, der sogenannten Nexpo. Sie haben nun einen Verein gegründet, um Inhalt und Organisation weiterzuentwickeln. In dieser ersten Phase sollen 2018 und 2019 die Vorbereitungen intensiviert und erste Projekte konkretisiert werden. Ausserdem wollen die Städte Partner finden. Anschliessend steht die Fundierungsphase auf dem Fahrplan. Diese dauert von

2020 bis 2022, und da wird sich entscheiden, ob die Nexpo wirklich zur nächsten Landesaustellung wird. Wenn ja, beginnt im Anschluss die Umsetzung des Konzepts. Die Städte haben Anfang Mai 2017 eine Projektskizze in Auftrag gegeben. Leitende der gemeinsamen Landesaustellung ist die Frage nach dem Zusammenleben in der Schweiz des 21. Jahrhunderts. Beteiligt sind neben St. Gallen, Zürich, Basel, Bern, Biel, Genf, Lausanne, Lugano, Luzern und Winterthur. (sda)